95. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Münster 6.12.18

https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/95-arbeits-und-sozialministerkonferenz-muenster

Beschluss 95. ASMK

TOP 6.18

Arbeitsassistenz rechtssicher und verlässlich gestalten

Antragsteller: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Thüringen

- Grüne Liste -

Die ASMK hat mehrheitlich beschlossen:

- 1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder stellen fest, dass die ausgleichsabgabefinanzierte Arbeitsassistenz im Gesetz kaum ausgestaltet ist. Zur näheren Regelung im Verordnungsweg hat der Gesetzgeber die Bundesregierung ermächtigt. Auch die im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes fortgeschriebenen bundesgesetzlichen Regelungen beinhalten diese Ermächtigung. Eine solche Rechtsverordnung ist jedoch bislang nicht erlassen worden. Diese Situation fördert Unsicherheiten über die Leistungsansprüche auf Seiten der Betroffenen, erschwert die Arbeit der Integrationsämter und vermehrt unnötigerweise die Zahl der Rechtsstreitigkeiten.
- 2. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder vertreten die Auffassung, dass der Erlass einer Rechtsverordnung einen wichtigen Beitrag für eine einheitliche und verlässliche Verwaltungspraxis leistet.
- 3. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder fordern das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf, zeitnah einen Verordnungsentwurf zu erarbeiten, mit den Ländern abzustimmen und das Erlassverfahren im Jahr 2019 in die Wege zu leiten.

--

Mit freundlichem Gruß

Richard Suhre

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. -DGSP-

Tel.: 0221-51 10 03

Infos im Internet:

http://www.dgsp-ev.de/ http://www.psychiatrie.de/dgsp/